



MARCUS SIMON

DEM WELTWANDEL AUF DER SPUR

Zehn Jahre lang erforschten Wissenschaftler an der LMU intensiv den fundamentalen gesellschaftlichen Strukturwandel, dem sich westliche Industriegesellschaften ausgesetzt sehen. Die Forscher ließen sich leiten von der Frage, ob die Gesellschaften des 21. Jahrhunderts noch mit den Konzepten des 19. und 20. Jahrhunderts begriffen werden können. Im Zentrum der Arbeit stand nicht nur eine umfangreiche empirische Erforschung gesellschaftlicher Strukturveränderungen, sondern auch die Entwicklung neuartiger Beobachtungskategorien und Bezugsrahmen. Jetzt liegen die Ergebnisse des Sonderforschungsbereichs „Reflexive Modernisierung“ vor.

Das Auto ist des Deutschen liebstes Kind. Eine beeindruckende Bestätigung fand diese Plattitüde in den mit großem öffentlichem Interesse begleiteten Rettungsversuchen für den Autobauer Opel im Frühsommer 2009. Dabei schwang viel Symbolpolitik mit: Das Auto verkörpert wie kein anderer Gegenstand eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Jedem Bürger sein eigenes Auto – mit diesem Slogan lässt sich mühelos ein gesellschaftlicher Konsens formulieren. Gesteigerte Mobilität gilt auch heute noch als sichtbarer Ausdruck des Fortschritts und signalisiert prosperierenden Wohlstand. Dass dieser Fortschritt zugleich Umweltprobleme verursacht, die wiederum für den Klimawandel mitverantwortlich sind, konnten die Pioniere des Automobilbaus im Ausgang des 19. Jahrhunderts noch nicht wissen. Aus einem ehrenwerten Motiv – mehr Wohlstand für möglichst viele Menschen – erwachsen somit neuartige Probleme. Die ambivalenten Folgen des Siegeszugs des Autos markieren dabei nur ein Beispiel für eine grundlegende gesellschaftliche Irritation und Verunsicherung: „Wir erleben heute keine Krise der Moderne, sondern neuartige Fragestellungen, bei denen es sich um unintendierte Folgeprobleme des Sieges der industriegesellschaftlichen national-staatlichen Moderne handelt“, erläutert Professor Ulrich Beck. Der Soziologe hat sich gemeinsam mit Politologen, Psychologen, Philosophen und Historikern über zehn Jahre hinweg mit genau diesen nicht-intendierten Folgeerscheinungen des Erfolgs der Moderne auseinandergesetzt. In dem Sonderforschungsbereich (SFB) „Reflexive Modernisierung“ unternahmen sie es, die Wandlungsdynamik in neue Begriffe zu fassen. Denn, so stellten die Wissenschaftler fest, „wir befinden uns innerhalb eines Weltwandels, der uns die Begriffe des Verständnisses dieses Wandels

raubt“. Ausgangspunkt ihrer vielfältigen Forschungsarbeit war deshalb die Frage: Wie können wir uns vom Wandel einen Begriff machen, wie können wir die gesellschaftliche Wirklichkeit, in der wir leben, verstehen? Eine Wirklichkeit, deren Zukunftsperspektiven sich umso bedrohlicher ausmalen, je größer die Erfolge der Modernisierung erscheinen.

Um diesen Zusammenhang begrifflich kategorisierbar zu machen, greifen die Forscher auf die Unterscheidung zwischen Basisprinzipien und Basisinstitutionen der Moderne zurück. Zu den Basisprinzipien der Moderne zählen etwa die Anerkennung des Individuums, die Menschenrechte oder die rationale Begründbarkeit von Handlungsentscheidungen. Unter Basisinstitutionen verstehen die Forscher entsprechende Handlungsprogramme, also Regelwerke wie beispielsweise wohlfahrtstaatliche Rentensysteme, die den Handlungsraum vorstrukturieren. Diese institutionelle Ordnung der Ersten Moderne ist durch ein System von Dichotomien und Dualismen gekennzeichnet, das den Gesellschaftsmitgliedern jeweils einen eindeutigen Platz zuweist. Die Zweite oder reflexive Moderne nun ist gekennzeichnet durch eine Gleichzeitigkeit von Kontinuität auf Seiten der Basisprinzipien und Diskontinuität bei den Basisinstitutionen. „Die Kontinuität stützt sich auf die Basisprinzipien der Moderne, etwa die individuelle Freiheitsdynamik, kapitalistische Marktdynamik und Begründungszwang“, sagt Ulrich Beck. „Die Diskontinuität zwischen Erster und Zweiter, einfacher und reflexiver Modernisierung ergibt sich nun daraus, dass diese Basisprinzipien gegen die Institutionen und Basisselbstverständlichkeiten der Ersten Moderne durchgesetzt werden, die Moderne also radikalisiert und entgrenzt wird.“ So lässt sich beispielsweise Globalisierung als Entgrenzung und Radikalisierung eines Basisprinzips der Ersten Moderne bezeichnen, nämlich das der Marktrationalität, was sich in einem diskontinuierlichen Wandel ausdrückt. Anders formuliert: Im Wandel von der Ersten zur Zweiten Moderne verschränken sich Kontinuität (die Entgrenzung von Basisprinzipien) und Diskontinuität (deren Nebenfolgen).

„LOGIK DES META-WANDELS“

Die Forscher im SFB versuchten, auf möglichst vielen Handlungsfeldern Prozesse der reflexiven Modernisierung zu beschreiben, die sie auch als „Zeitalter der Nebenfolgen“ bezeichnen. Sie stießen dabei immer wieder auf eine übergreifende, interdisziplinäre Gemeinsamkeit: Dass sich alle untersuchten heterogenen System- und Handlungsfelder an einer „stringenten Logik des Meta-Wandels“ orientieren. Zwar sehen die Forscher durchaus, dass es bereits in der Ersten Moderne Abweichungen von der Norm gegeben hat. Der Unterschied ist jedoch der, dass diese nicht anerkannt waren: „Früher wurde die Pluralität marginalisiert, heute wird sie institutionell normalisiert und anerkannt“, sagt Ulrich Beck. So gab es beispielsweise auch früher schon eine Vielzahl komplizierter Abstammungs- und Verwandtschaftsverhältnisse, die den normativen Rahmen der staatlich anerkannten Kleinfamilie sprengten. Heute spiegelt sich dies jedoch institutionell konkret etwa im Scheidungs-, Familien- und Erbrecht wider. Daraus ergeben sich auch neuartige Entscheidungszwänge: Welche „Mutter“ würde beispielsweise im Konfliktfall das Sorgerecht für ihr Kind erhalten, wenn zukünftig die In-vitro-Fertilisation rechtlich anerkannt werden sollte: die „Ei-Mutter“, die „Austragungs-Mutter“ oder die „Erziehungs-Mutter“?

Den Wandel, den die Forscher mit der Theorie der reflexiven Modernisierung zu fassen bekommen wollen, betrifft insbesondere veränderte Bedingungen von Staatlichkeit. Die Nebenfolgen des Er-



Die Karte zeigt die starke organisatorische Verflechtung innerhalb Europa. Dunkelblau: Die EU-27-Staaten; Hellblau: Union für das Mittelmeer; Dunkelgrün: European Free Trade Association (EFTA); Hellgrün: Staaten in Beitrittsverhandlungen mit der EU; Gelb: Central European Free Trade Agreement (CEFTA).

Quelle: Wikimedia Commons

folgs der Moderne heben nicht nur die seit dem 18. Jahrhundert eingeschärfte Basisunterscheidungen wie National und International, Experten und Laien, Wissen und Nichtwissen, Natur und Gesellschaft, Markt und Organisation, Familie und Nicht-Familie usw. auf, sondern entwerfen auch die Instrumente, die die Herausforderungen der Moderne meistern sollten. Das heißt, dass beispielsweise der Klimawandel nicht mehr nur ein Umweltproblem darstellt, das nach

dem alten Schema durch mehr und bessere Technologie im nationalen Rahmen gelöst werden kann. Es sprengt vielmehr den kategorialen und institutionellen Rahmen nationalstaatlicher industriegesellschaftlicher Problembearbeitung und zwingt dazu, die Welt mit anderen Augen zu sehen: neuartige Konzepte von sozialer Ungleichheit, Gerechtigkeit und Politik zu entwickeln, die es erlauben, die am meisten gefährdeten, aber im Normalfall ausgeschlossenen „globalen Anderen“ in die eigene Sicht und Politik einzubeziehen. „Wir versuchen das in dem Begriff des „kosmopolitischen Blicks“ zu fassen“, erklärt Professor Edgar Grande, Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut. Dieser habe analytisch-methodologische Dimensionen, aber auch eine normative. Öffne er doch den Blick für grenzenübergreifende Abhängigkeiten und Interdependenzen. Zugleich verbinde er den Respekt vor der Würde der kulturell Anderen mit dem Interesse am Überleben jedes Individuums. Eine solche Entgrenzung des nationalen Blicks wirft Fragen nach der Zukunft des Staates auf. „Staatlichkeit befindet sich in einem epochalen Transformationsprozess, der den Wandel von Staatsaufgaben ebenso umfasst wie die Herausbildung neuer transnationaler Formen des Regierens“, so Edgar Grande. Durch den Prozess der reflexiven Modernisierung werde der Nationalstaat als eine der Basisinstitutionen der Ersten Moderne jedoch nicht aufgelöst, sondern in neue Herrschaftsordnungen integriert, in denen sich neue Basisinstitutionen der Zweiten Moderne manifestieren. Dabei handele es sich um neue Formen des Regierens, die kollektiv verbindliche Entscheidungen über kollektive ökonomische, soziale und politische Probleme erzeugen. Gerade in diesen neuen transnationalen Systemen verteilter Macht sieht Edgar Grande das charakteristische Merkmal der politischen Herrschaftsordnung der Zweiten Moderne.

DIE EU ALS „POSTHEGEMONIALES EMPIRE“

Ein Beispiel dafür bietet die Europäische Union, die auch als „posthegemoniales Empire“ analysiert werden kann. „Als posthegemoniales beruht dieses Europäische Empire nicht wie die Imperien des 19. Jahrhunderts auf nationaler Abgrenzung und Eroberung, sondern auf nationaler Entgrenzung, Freiwilligkeit, Konsens, transnationalen Verflechtungen und dem daraus erwachsenden politischen Mehrwert.“ Das Europäische Empire fußt demzufolge auf einem „kosmopolitischen Re-

alismus“. Dessen Grundthese lautet, dass die Mitgliedstaaten der EU in der Vergangenheit nicht aus idealistischen Motiven auf ihre Macht verzichtet haben, sondern aufgrund ihres nationalen Eigeninteresses. „Sie handelten also durchaus realistisch im Sinne des Realismus in der Theorie Internationaler Beziehungen; aber vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass sie ihre Interessen nur noch auf eine ganz bestimmte Weise verwirklichen können, nämlich durch die Anerkennung der legitimen Interessen Anderer und ihre Einbeziehung in das eigene Interessenskalkül.“ Die Neudefinition des Souveränitätsbegriffs sieht Edgar Grande dabei als Schlüssel zum Verständnis des Europäischen Empires. Nach dem gängigen Souveränitätsverständnis ist die staatliche Souveränität absolut und unteilbar. Entweder liegt die Souveränität bei den Mitgliedstaaten, oder sie liegt bei der EU. „Das Konzept des europäischen Kosmopolitismus eröffnet einen Ausweg aus diesem Dilemma. Die kosmopolitische Souveränität bietet die Möglichkeit, Souveränitätsverzicht in Souveränitätsgewinn umzumünzen. Von den Nationalstaaten wird also erwartet, dass sie die Transnationalisierung ihrer Interessenverfolgung nachvollziehen und mitbedenken, dass ihre Interessen reflexiv werden.“

GRENZEN ZWISCHEN UNTERNEHMEN UND MARKT ERODIEREN

Die Auswirkungen der reflexiven Modernisierung auf Staaten ist ein Teilbereich einer Vielzahl von Studien, die Wissenschaftler der Universität Augsburg, der Bundeswehr Universität, der Technischen Universität München und des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung gemeinsam mit den LMU-Forschern untersucht haben. Daneben nahmen sie auch neue Funktionsmechanismen im Bereich der Wirtschaft in den Blick, etwa die Entgrenzung des Kapitals und der Arbeit. So sehen sie in der Dezentralisierung und zunehmenden Ausrichtung auf den Markt die Grenzen zwischen Unternehmen und Markt erodieren. Auf der anderen Seite stellen sie Prozesse einer wachsenden Verinnerlichung von marktdominierten Formen der Koordination und Steuerung innerhalb der Unternehmen fest. In der Ersten Moderne lösten die Regelsysteme der Arbeitspolitik Rationalisierungsfolgen durch Regulierung, beispielsweise indem Betriebsräte und Gewerkschaften in Entscheidungen einbezogen wurden. Sie waren die Garanten der Normen und Regeln, die sie stellvertretend in den Aushandlungsprozessen mit dem Kapital für die Beschäftigten durchsetzten. Das funktioniert heute nicht mehr: Normen und Regeln werden bei ergebnis- und marktorientierten Steuerungsformen von Arbeit von den Beschäftigten selbst unterlaufen, so die Forscher. Vermarktlichung und individuelle Steuerung bringen die abhängig Beschäftigten in eine Lage, in der sie, um ihre Arbeitsanforderungen zu erfüllen, von sich aus auf ihnen zustehende Rechte verzichten. Was die Forscher beobachten ist, dass sie die von ihnen erkämpften Regeln wie zum Beispiel Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge und Gesetze selbst außer Kraft setzen, weil sie ihre Arbeit anders nicht schaffen oder Angst haben, ansonsten ihre Arbeitsplätze zu verlieren. So entsteht ein neuartiges Paradox: diejenigen, die die Rechte der Arbeitenden repräsentieren und verfechten sollen, geraten in einen Gegensatz zu den Arbeitenden, deren Interessen sie wahrnehmen wollen.

Die reflexiv gewordene Moderne lässt sich demnach beschreiben als eine Gesellschaftsordnung, die sich mit ihren selbst produzierten Grundlagen verändernden Nebenfolgen konfrontiert sieht. Die Theorie von der Zweiten Moderne schafft einen Deutungsrahmen, innerhalb dessen die alten

Konflikte um Verteilung, Macht, Eigentum etc. eine neue Dimension und Qualität aufweisen – sie stehen gleichsam quer zu den Konfliktbewältigungsstrategien der überkommenen Industriegesellschaft. Ulrich Beck sieht hier die Arbeit der Soziologen erst am Anfang: „Wer heute fragt, was haben eigentlich die Ökonomen getan, um uns auf die Weltfinanzrisiken vorzubereiten, dann muss man auch fragen: Wo ist eigentlich der Beitrag der Soziologie, um die Bevölkerungen im Schock der Weltprobleme auf eine ökologisch-kosmopolitische Moderne vorzubereiten?“ Mit ihrer Forschung im SFB „Reflexive Modernisierung“ haben die Wissenschaftler einen gewichtigen Grundstein dafür gelegt.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Ulrich Beck ist seit 1992 Professor und Direktor am Institut für Soziologie der LMU. Seit 1999 war er Sprecher des Sonderforschungsbereichs (SFB) 536 „Reflexive Modernisierung“, der 2009 abgeschlossen wurde. Von 1995 bis 1997 war er Mitglied der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen.

<http://www.ls2.sozioogie.uni-muenchen.de/index.html>

<http://www.sfb536.mwn.de/>

u.beck@lmu.de



Prof. Dr. Edgar Grande ist seit 2004 Lehrstuhlinhaber für Vergleichende Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft. Er leitete zwei Teilprojekte im Bereich „Politische Ökonomie der Unsicherheit“ des SFB 536 und war von 2006 bis 2007 Sprecher des SFB.

<http://www.gsi.uni-muenchen.de/personen/professoren/grande/index.html>

grande@lrz.uni-muenchen.de

